

Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen

unter der Schirmherrschaft von:

Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern und

**Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für
Migration, Flüchtlinge und Integration**

Projektträger:

Schader-Stiftung

Goethestr. 2

64285 Darmstadt

Tel. 06151/ 1759 0

Fax 06151/ 1759 25

Projektleiterin:

Sabine Süß, Geschäftsführender Vorstand

Ansprechpartnerin:

Gudrun Kirchhoff, wissenschaftliche Referentin

Tel. 06151/ 1759 14, kirchhoff@schader-stiftung.de

www.integrationspotenziale.de

www.schader-stiftung.de

Fachliche Begleitung:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Deutscher Städte und Gemeindebund

Deutscher Landkreistag

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration



EUROPÄISCHE UNION

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags

Projektbeschreibung

Das Forschungs-Praxis-Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ bearbeitet grundsätzliche Fragestellungen der Integration von Zuwanderern in den Klein- und Mittelstädten der ländlichen Räume. Ziel des Projekts ist die Analyse der Bedingungen für Integration in den Kommunen des ländlich geprägten Raums und die Ermittlung der jeweiligen Potenziale für die Integration von Zuwanderern. Projektträger und –koordinator ist die Schader-Stiftung; Partner bei der Projektdurchführung sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das das Projekt inhaltlich begleitet, sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag, die als ideelle Partner fachliche Unterstützung leisten. Gefördert wird das auf drei Jahre konzipierte Forschungs-Praxis-Projekt vom Europäischen Integrationsfonds, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Es ist als eine bundesweit vergleichende Untersuchung von insgesamt zwölf Kommunen aus acht Landkreisen angelegt und verfolgt einen diskursiven Ansatz.

Projektziele und Fragestellungen

Das Forschungs-Praxis-Projekt verfolgt drei Ziele für die ländlichen Räume: Die strukturellen Bedingungen für Integration sollen verbessert, das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten gefördert und die Teilhabe der Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben erhöht werden.

Um diese Zielvorstellungen zu realisieren, wird eine Begleitforschung eingesetzt, die in einer laufenden Verständigung mit den teilnehmenden Landkreisen und Städten und dem Lenkungsreis (dem Projekt begleitenden Gremium) stehen.

Unter Berücksichtigung der je spezifischen Situation der Klein- und Mittelstädte werden zunächst die Voraussetzungen und Potenziale für Integration in den ländlichen Räumen analysiert. Im Vordergrund steht, Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure zu gewinnen und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Integration der unterschiedlichen Zuwanderergruppen (v.a. Drittstaaten-Angehörige) zu erarbeiten.

Zu den strukturellen Bedingungen der Integration sollen im Einzelnen folgende Fragestellungen untersucht werden:

- Wie gestaltet sich die Integration in den ländlichen Räumen? Sind besondere Problemkonstellationen und Handlungsfelder erkennbar?
- Ist die Ansiedlung dauerhaft? Wie sehen die Entwicklungstendenzen aus? Ist eine Zunahme oder eine Abnahme (relativ und absolut) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Untersuchungsstädten feststellbar?
- Wie sind die Integrationsangebote in den ländlichen Gebieten organisiert, wie werden sie angenommen, sind besondere Anforderungen erkennbar? Gibt es regionale Unterschiede?

Gefördert durch:



- Welche integrationspolitischen Maßnahmen und Handlungskonzepte werden von den Kommunen verfolgt? Wie ist der Erfolg dieser Maßnahmen zu bewerten?
- Wo sehen die Kommunen den wichtigsten Handlungsbedarf?
- Wie stellen sich die Unterschiede zwischen ostdeutschen und westdeutschen Kommunen dar?

Zudem sollen Empfehlungen zur Stärkung des Zusammenlebens der einheimischen Bevölkerung und der verschiedenen Zuwanderergruppen erstellt werden. Hierbei stehen folgende Fragestellungen im Mittelpunkt:

- Wie gestaltet sich das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zuwanderern in ländlichen Räumen?
- Wie kann die Aufnahmegesellschaft für den Integrationsprozess sensibilisiert werden? Wo liegen die dafür notwendigen Ressourcen, wer sind die wichtigsten Multiplikatoren?
- Wie ist das Verhältnis der Zuwanderergruppen untereinander? Sind räumliche Abgrenzungen zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen erkennbar? Gibt es, den Großstädten vergleichbar, räumliche Konzentrationsgebiete?
- Sind in Abhängigkeit von der Größe der Kommune und ihrer regionalen Einbettung Unterschiede erkennbar?

Darüber hinaus wird die Frage nach der Teilhabe der Zuwanderer an Bildung, Erwerbsarbeit sowie am gesellschaftlichen und politischen Leben fokussiert. Dabei ist die Situation von ausländischen Frauen gesondert zu betrachten, da sie aufgrund ihrer geringeren beruflichen Einbindung und starken familiären Vernetzung die größten Integrationsdefizite aufweisen. Bezogen auf die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Bildung haben die Frauen zudem eine Schlüsselfunktion; sie sind diejenigen, die aufgrund ihrer Rolle die Partizipation an Bildung entweder hemmen oder fördern können. Vor diesem Hintergrund wird folgenden Fragestellungen nachgegangen:

- Wie gestaltet sich die Teilhabe der Zuwanderer im Bereich Erwerbsarbeit? Wie hoch ist der Anteil der Erwerbstätigen bei den Zuwanderern im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung? Relativer Anteil der Arbeitslosen und Transferleistungsbezieher? Wie hoch ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen und in welchen Berufen sind die tätig?
- Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Bildungsangeboten? Bildungserfolge und Berufsperspektiven?
- Rolle der Frauen mit Migrationshintergrund im Bildungsprozess ihrer Kinder? Einbindung von Frauen in schulische und außerschulische Gremien (Elternvertretung etc.)?
- In welchem Maße beteiligen sich Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben? In welchem Umfang sind sie in kommunalpolitischen Gremien vertreten? Gibt es Organisationen, Vereine oder Initiativen, in denen sich Zuwanderer engagieren?

Gefördert durch:



Bausteine des Projekts

Netzwerk ausgewählter Städte und Landkreise als Forum für den Erfahrungsaustausch

Die teilnehmenden Kommunen spiegeln exemplarisch die Problemkonstellationen in ländlichen Räumen wider. Es wurden zehn Kommunen (Klein- und Mittelstädte) aus sechs ländlich strukturierten Kreisen und zwei in Ballungsregionen gelegene Landkreise mit jeweils einer Kommune ausgewählt. Letztere fungieren als Referenzgemeinden und ermöglichen, den Einfluss der regionalen Einbettung und der Strukturmerkmale der ländlichen Regionen auf die Integrationsleistung einer Kommune zu ermitteln. Die neuen Bundesländer sind mit zwei Landkreisen vertreten.

Die ausgewählten Projektlandkreise und -kommunen im ländlichen Raum sind:

- Landkreis Coburg (Bayern) mit den Städten Neustadt und Ebersdorf
- Kreis Emsland (Niedersachsen) mit den Städten Haren und Freren
- Hochsauerlandkreis (Nordrhein-Westfalen) mit den Städten Meschede und Bestwig
- Landkreis Ravensburg (Baden-Württemberg) mit den Städten Ravensburg und Leutkirch
- Jerichower Land (Sachsen-Anhalt) mit der Stadt Genthin
- Vogtlandkreis (Sachsen) mit der Stadt Plauen

Die beiden Referenzlandkreise und -kommunen aus Ballungsregionen sind:

- Landkreis München (Bayern) mit der Stadt Garching
- Landkreis Offenbach (Hessen) mit der Stadt Neu-Isenburg

Vorgesehen ist der Aufbau eines Netzwerks der teilnehmenden Landkreise und Kommunen, das dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch dient. Während der dreijährigen Projektlaufzeit finden insgesamt vier Netzwerktreffen statt, bei denen sich die Städte und Landkreise sowie die Mitglieder des Lenkungskreises zu den Projektfragestellungen austauschen.

Die Teilnehmerstädte kommunizieren das Projektanliegen in die jeweiligen Stadtgemeinschaften und organisieren zusammen mit den Landkreisen einen öffentlichen politischen Diskurs zum Thema Integration. Ziel ist es, konkrete Projekte und Handlungsansätze zur Verbesserung der Integration von Zuwanderern in den Kommunen zu initiieren.

Lenkungskreis

Der Lenkungskreis ist ein inhaltlich unterstützendes Gremium, das zur Evaluation und Qualitätssicherung des Forschungs-Praxis-Projekts dient. Seine Aufgaben bestehen in der Konkretisierung der Projektfragestellungen, der Unterstützung bei der Auswahl der teilnehmenden Städte, der Durchführung von Expertenhearings zu speziellen Fragestellungen, der Diskussion der Ergebnisse der Begleitforschung sowie in der Teilnahme an den Netzwerktreffen. Insgesamt

Gefördert durch:



samt hat der Lenkungskreis eine beratende Rolle und übernimmt eine Supervisionsfunktion. Er besteht aus zehn Mitgliedern und setzt sich zusammen aus Vertretern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, des Deutschen Landkreistags, der Bundesintegrationsbeauftragten, des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie aus wissenschaftlichen Experten und Vertretern der Zivilgesellschaft.

Begleitforschung: Ermittlung der Potenziale für Integration in den ausgewählten Kommunen

Die Begleitforschung wird vom ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner bei Berlin durchgeführt. Im Rahmen dieser Begleitforschung findet eine Auswertung vorhandener Strukturdaten der ausgewählten Kommunen, bereits bestehender Untersuchungen, politischer Leitlinien sowie Entwicklungs- und Handlungskonzepte statt. Zudem werden Experteninterviews mit den Akteuren der Teilnehmerstädte (z.B. Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung, Landkreisverwaltung, soziale Dienste, Bildungseinrichtungen, Anbietern von Integrationskursen und Migrantenselbstorganisationen) und aktivierende Befragungen zum Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern durchgeführt.

Weiterhin werden der Erfahrungsaustausch der Städte und die Aktivitäten vor Ort wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Abschließend erarbeitet die Forschungsgruppe Handlungsempfehlungen zur kommunalen Integrationspolitik.

Ergebnistransfer

Im Anschluss an die Erhebungsphasen werden die Ergebnisse der Untersuchungen in Zwischenberichten vorgelegt und im Rahmen der Netzwerktreffen mit den Städten und Landkreisen sowie dem Lenkungskreis vorgestellt und erörtert. Nach Abschluss des Erfahrungsaustausches werden ein Endbericht und eine Publikation erstellt. Zudem werden eine Fachtagung und eine abschließende Konferenz durchgeführt, bei denen die Forschungsergebnisse und die von der Forschergruppe erarbeiteten Empfehlungen zur kommunalen Integrationspolitik erörtert werden.

Projekt-Website

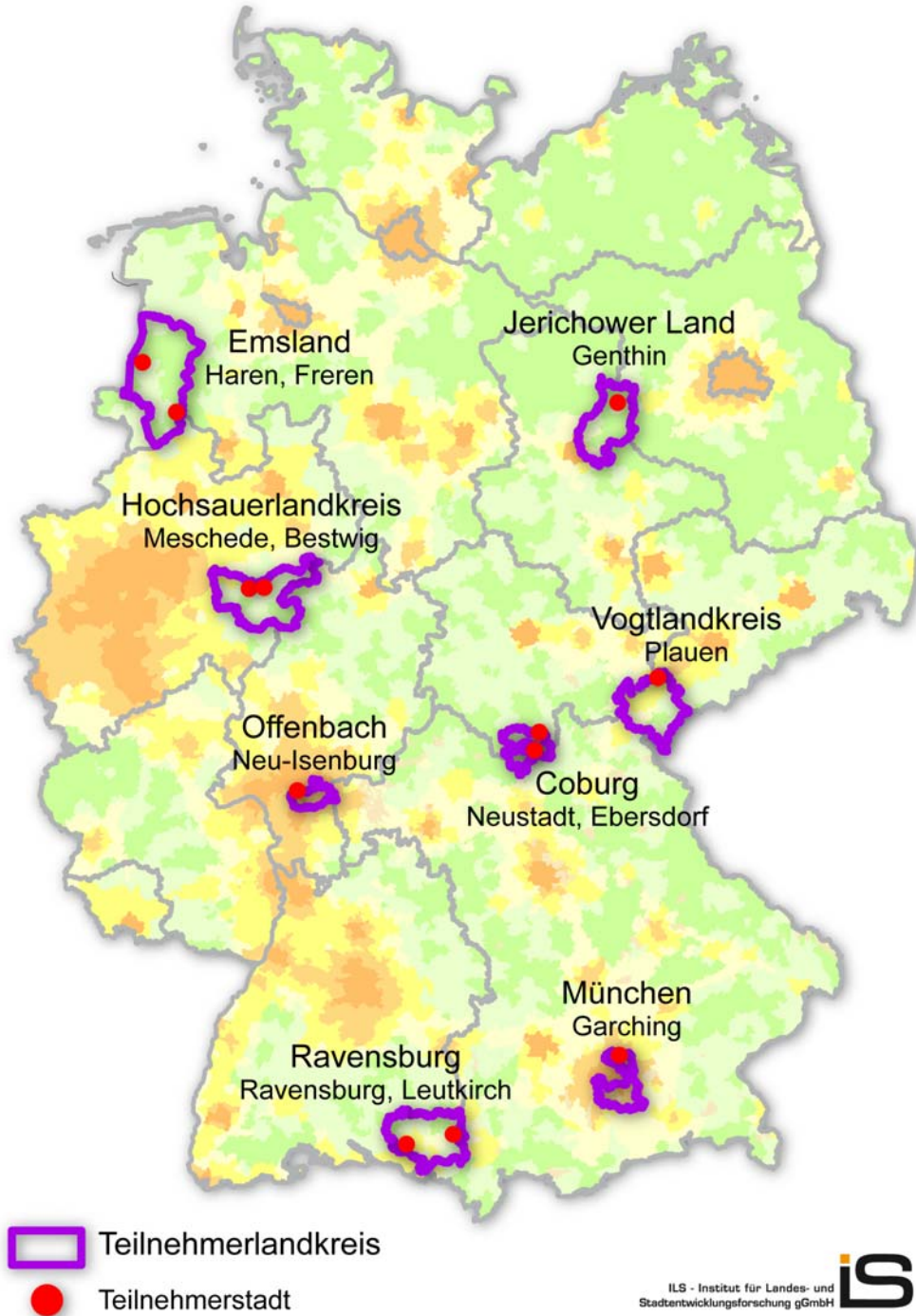
Die Schader-Stiftung hat unter www.integrationspotenziale.de eine Website zu dem Projekt eingerichtet. Die Website hat einen öffentlich zugänglichen Teil sowie einen Passwort geschützten Intranetbereich. Letzterer dient dem persönlichen Erfahrungsaustausch und der gegenseitigen Information der Projektteilnehmer.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags

Teilnehmerstädte und -landkreise



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags